Samstag, 02. Oktober 2021, 15:00 Uhr
~15 Minuten Lesezeit

Die neue Hyperinflation

Nicht nur das Virus steht einer Rückkehr zur alten Normalität entgegen — uns könnte eine enorme Hyperinflation ins Haus stehen. Exklusivabdruck aus „Deutschland 2021—2025“.

von Meinrad Böhl
Foto: Photobank gallery/Shutterstock.com

Nach nunmehr zwei Lockdowns und anderthalb Jahren

im Ausnahmezustand zeichnet sich ab, dass es eine Rückkehr zur Normalität der Zeit „vor Corona“ in Deutschland – wenn überhaupt – so bald nicht geben wird. Weltweit haben bislang nur wenige Länder ihre Coronamaßnahmen zurückgefahren oder gar vollständig beendet. Gerade für den Westen überrascht diese Feststellung. Denn Maßnahmen wie Lockdowns oder 3G-/2G-Regelungen sind ihrem Wesen nach zweifellos autoritär und freiheitsfeindlich. Sie stehen im diametralen Gegensatz zur Liberalität, welche nach gängiger Ansicht den Kern westlichen Selbstverständnisses ausmacht. Nicht übersehen werden sollte allerdings, dass Freiheit und Individualismus nicht nur durch die Coronakrise – genauer: durch die politisch verordneten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung – auf dem Prüfstand stehen. Von dieser Seite droht nur die größte und akuteste Gefahr. Daneben existieren vielerlei Risiken, die ebenfalls das Potenzial haben, eine Rückkehr zur alten Ordnung zu verhindern oder zumindest zu erschweren. Ein Exklusivabdruck aus „Deutschland 2021–2025: Eine Risikoanalyse“ von Meinrad Böhl.

Risiko 4: Hyperinflation

Wenn es um die langfristigen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie geht, ist immer wieder vom Risiko der Hyperinflation die Rede. Auf unser Dreierschema gebracht, lässt es sich wie folgt beschreiben:

Ursachen:

Als Hauptursache der Hyperinflation gilt gemeinhin eine überhandnehmende Staatsverschuldung. Zur Bedienung der Zinsen und zur Tilgung der Schulden benötigen hochverschuldete Staaten viel Geld, was sie in der Regel dadurch zu erlangen versuchen, dass sie Staatsanleihen ausgeben, welche dann überwiegend von der eigenen Zentralbank gekauft werden.

Das auf diese Weise neu geschaffene Geld erhöht die Geldmenge, was dazu führt, dass die Preise steigen, denn wenn mehr Geld für die gleiche Menge an Waren vorhanden ist, erhöht sich der Nennwert jeder einzelnen Ware. Weil die Durchsetzung von Lohnerhöhungen in der Regel mehr Zeit braucht als die Finanzierung immer neuer Schulden durch Gelddrucken, steigen die Konsumgüterpreise nicht nur nominell, sondern auch real.

Dies wiederum sorgt für eine Erhöhung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, weil das Vertrauen der Bürger ins Geld schwindet. Sie müssen feststellen, dass sie für ihr Geld von Monat zu Monat immer weniger bekommen. Sie geben es daher so schnell wie möglich aus, um seinem weiteren Wert- und damit Kaufkraftverlust bestmöglich zu entgehen.

> ***Geld wird auch vermehrt für Anlagegüter wie Gold oder Immobilien ausgegeben, da sie als wertstabiler angesehen werden. Außerdem werden existenziell wichtige Produkte bevorratet. Die Nachfrage nach diesen steigt. Das wiederum sorgt für weiter steigende Preise.***

Eine sich selbst verstärkende Geldentwertungsspirale entsteht, bis schließlich für einige Produkte Märkte mit alternativen, nichtmonetären Währungen — Edelmetalle, Edelsteine, Kunst et cetera — entstehen, weil die Produzenten dazu übergehen, kein Geld mehr zu akzeptieren, da sie es aufgrund seines immer

stärkeren Wertverfalls nicht schnell genug wieder ausgeben können, um eine angemessene Gegenleistung für ihr Produkt zu erhalten.

Risiko:

Weil durch die Pandemiebekämpfungspolitik eine ökonomische Situation entstanden ist, die zentrale Elemente des gerade skizzierten Hyperinflationsszenarios enthält, besteht das Risiko, dass es tatsächlich zu einer Hyperinflation kommt. Nach gängiger Definition würde dies Inflationsraten von wenigstens 50 Prozent pro Monat bedeuten.

Auswirkung:

Eine Hyperinflation führt in der Regel zu einem Zusammenbruch der betroffenen Währung und einer anschließenden Währungsreform. Käme es im Euroraum zu einer Hyperinflation, fände demnach der Euro sein Ende, vielleicht auch das politische Konstrukt namens Europäische Union (EU). Selbst ein Zusammenbruch des Finanzsystems ist möglich. Eine finanzielle, wirtschaftliche und politische Großkrise wäre die Folge, unter Umständen verbunden mit einer Versorgungskrise. Die zentralen Ziele des Projekts Deutschland 2021, die baldige Rückkehr zum Normalzustand und dessen dauerhafte Sicherung, würden dadurch sicher für einige Jahre verhindert.

Die Eintrittswahrscheinlichkeit dieses Risikos hängt davon ab, in welchem Ausmaß die Voraussetzungen für eine Hyperinflation erfüllt sind, welche Besonderheiten die Coronasituation gegenüber einem Hyperinflationsszenario aus dem Lehrbuch aufweist und ob beziehungsweise welche Möglichkeiten es gibt, im weiteren Fortgang der Dinge eine hyperinflationäre Entwicklung zu vermeiden.

Lehrbuchmäßiges

Die wirtschaftlichen Schäden der Pandemiebekämpfungsmaßnahmen — Lockdowns, Betriebsschließungen, Veranstaltungsverbote et cetera — wurden und werden von der Politik aus Steuermitteln auszugleichen oder zumindest abzumildern versucht. Dies geschieht vor allem durch Staatshilfen in Form von Kurzarbeitergeld, Unternehmenskrediten und Entschädigungen für Umsatzausfälle. Im zweiten Halbjahr 2020 erfolgte außerdem eine temporäre Senkung des Mehrwertsteuersatzes.

Das für all diese Maßnahmen benötigte Geld übersteigt die Einnahmen des Staates aus Steuern bei Weitem. Aus diesem Grund macht der Staat neue Schulden und besorgt sich über Staatsanleihen, die größtenteils von den Zentralbanken gekauft werden, frisches Geld (Monetarisierung der Schulden). Dadurch steigt die Geldmenge, ohne dass dem ein Anstieg der Produktion gegenüberstünde.

In Deutschland stieg die Geldmenge M2 zwischen Januar 2020 und Mai 2021 um fast 4.000 Milliarden Euro — 11,7 Prozent — von 3,159 auf 3,528 Billionen Euro (…). Gleichzeitig wuchs die Staatsverschuldung zwischen März 2020 und März 2021 um 250 Milliarden Euro — 12,8 Prozent — von 1,955 auf 2,205 Billionen Euro (…). Nach einer Prognose des Instituts der deutschen Wirtschaft wird sich die Verschuldung bis 2022 um weitere 500 Milliarden Euro auf dann 2,7 Billionen Euro oder 75 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöhen (…).

> ***Angesichts derartiger Zuwächse bei Geldmenge und Staatsverschuldung findet die im Lehrbuch angekündigte inflationstypische Flucht aus dem Geld bereits statt.***

Das Augenmerk privater wie institutioneller Anleger richtet sich verstärkt auf Anlagegüter wie Gold, Silber, Bitcoin, Immobilien und die Aktien der Krisenprofiteure — Amazon, Apple, Microsoft, Tesla et cetera. Deren Preise steigen kontinuierlich oder konsolidieren sich nach kurzen Einbrüchen auf hohem Niveau, die Börsen boomen. Die Inflation hat in diesen Bereichen bereits für die Entstehung von Blasen gesorgt.

Besonderheiten

Die Situation drastisch steigender Staatsschulden war in der Coronakrise verbunden mit einer doppelten wirtschaftlichen Krise. Die von der Politik ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sorgten für einen Schock sowohl auf der Nachfrage- als auch auf der Angebotsseite. Beides, Konsum wie auch Produktion, gingen stark zurück. So schrumpfte das deutsche BIP 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent (…), der private Konsum brach um 5,0 Prozent ein (…). Insbesondere Dienstleistungen und kurzlebige Gebrauchsgüter wurden weniger nachgefragt.

Am stärksten von Umsatzeinbußen betroffen waren und sind Branchen wie der Tourismus, der Einzelhandel und der Kulturbetrieb. Aber auch die Industrie verzeichnete 2020 eine insgesamt gesunkene Nachfrage (-10,8 Prozent gegenüber 2019 (…)). Zudem sorgen unterbrochene beziehungsweise instabile Lieferketten bei wichtigen Rohstoffen und Vorprodukten — Halbleiterchips, Holz, Gummi, Stahl, Chemikalien, Plastik — nach wie vor für Schwierigkeiten in der Fertigung. Wegen fehlender Materialien schicken nicht nur Autobauer ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit, sondern auch Dachdecker. Bauunternehmer kämpfen derweil mit Verzögerungen bei der Fertigstellung ihrer Projekte, weil einzelne Gewerke aus Materialmangel ihre Arbeiten nicht

termingerecht durchführen können. Profiteure der Krise sind insbesondere Onlinehandel und Logistikunternehmen.

Preiserhöhungen gab es zunächst nur bei den Anlagegütern, nicht bei den Konsumgütern. Im Gegenteil gab es hier 2020 eine deflationäre Tendenz. Der Grund ist einfach: Nachfrage und Geldumlaufgeschwindigkeit waren in der Coronakrise nicht gleichgeblieben, sondern zurückgegangen. Ein Großteil des neuen Geldes floss lange Zeit nicht in den Konsum. Es lagerte entweder auf den Konten der Bürger und Unternehmen und wartete darauf, ausgegeben zu werden, oder es wurde an den Kapitalmärkten angelegt.

> ***Zum Konsum fehlten wegen der Coronamaßnahmen vielfach die Gelegenheiten: Einkaufsbummel, Gelegenheitskäufe oder Geschenkbesorgungen für Feiern oder Besuche entfielen während der Lockdowns weitgehend, zudem waren und sind Besorgungen durch Zugangs- und Hygienebeschränkungen nur in eingeschränktem Umfang möglich.***

Außerdem führte die gestiegene wirtschaftliche Unsicherheit bei den Konsumenten zu Kauf- und bei den Unternehmen zu Investitionszurückhaltung. Als dann ab Juni die Maßnahmen gelockert und teilweise aufgehoben wurden, zog die Nachfrage an und wurden angestaute Konsumbedürfnisse nachgeholt. Preiserhöhungen waren die Folge.

Was nun droht, ist eine inflationäre Spirale. Denn die Preise werden umso mehr steigen, je größer die Schwierigkeiten der Wirtschaft sind, eine steigende Nachfrage zu bedienen: weil Vorprodukte schwieriger zu beschaffen sind und mehr kosten; weil die Produktion durch die verschärften Hygienevorschriften aufwendiger geworden ist; weil die Nachfrage über das Vor-Corona-Niveau gestiegen ist; oder weil wegen alldem zusätzliche

Arbeitskräfte benötigt werden, die nicht sofort zur Verfügung stehen. Falls der Staat in dieser Situation den Geldhahn weiter offenhält, um die Realwirtschaft anzukurbeln und staatliche Unterstützungsleistungen auf einem angemessenen Niveau zu halten, wird dies zu weiteren Preissteigerungen führen. Diese werden den staatlichen Geldbedarf weiter erhöhen, was seinerseits die Inflation noch einmal weiter verstärken wird. Dadurch wird der Vertrauensverlust in das Geld weiter zunehmen, was letztlich bis zur Hyperinflation führen kann.

Sucht man nach einer Möglichkeit, diese Spirale zu durchbrechen, gelangt man zu einer weiteren Besonderheit der gegenwärtigen Situation: Die Zentralbanken beabsichtigen, nichts gegen die Inflation zu tun. Im Gegenteil, sie kaufen weiter Staatsanleihen im großen Stil. Allerdings planen zumindest die Bank of Canada und die Bank of England eine deutliche Reduktion ihrer Anleihenkäufe, und auch das amerikanische Finanzministerium hat angekündigt, in den kommenden Monaten weniger Schulden aufnehmen zu wollen, als ursprünglich vorgesehen war (...).

Zinserhöhungen aber, das Standardmittel gegen Inflation, planen derzeit weder die Federal Reserve (Fed) noch die Europäische Zentralbank (EZB). Beide streben ein Inflationsziel von jährlich 2 Prozent an. Die Begründung der Fed lautet: Die Wirtschaft soll so weit angekurbelt werden, dass auch benachteiligte Bevölkerungsgruppen wieder die Chance auf neue Jobs haben. Und: Inflation finde vor allem aufgrund pandemiebedingter Nachholeffekte statt, denn die Preise stiegen besonders bei energieintensiven Waren. Das werde vorübergehen und damit auch die Inflation.

Bei der EZB sieht man das ähnlich. Der Leitzins soll nach EZB-Präsidentin Christine Lagarde auf absehbare Zeit nicht geändert werden, auch nicht bei einer Inflationsrate von mehr als 2 Prozent (...). Problematisch wird diese permissive Geldpolitik allerdings

spätestens, wenn die Arbeitskräfte durch die demografische Entwicklung noch rarer als heute schon werden und die Staatsschulden zugleich immer weiter ansteigen und dadurch eine weitere Schuldenaufnahme zur Bedienung der Zinsen erzwingen.

Weitere Entwicklung

Die Inflation ist bereits da. Seit Jahresbeginn steigen die Verbraucherpreise immer weiter an, im Juli um 3,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit reicht die Inflationsrate schon zu Beginn der zweiten Jahreshälfte sehr nahe an den Wert von 4 Prozent heran, den Ökonomen der Deutschen Bank als Maximalwert für das zweite Halbjahr prognostiziert hatten (…). Neuere Schätzungen der Bundesbank gehen mittlerweile von einer Inflation von 4 bis 5 Prozent zum Jahresende 2021 aus (…).

Als Preistreiber gelten vor allem:

- die Erhöhung der Mehrwertsteuer zu Jahresbeginn auf die alten Sätze von 19 Prozent und 7 Prozent statt 16 Prozent und 5 Prozent in der zweiten Jahreshälfte 2020;
- die seit Januar 2021 geltende neue CO2-Abgabe von 25 Euro pro Tonne auf fossile Brennstoffe;
- der Anstieg der Transportkosten sowie unzureichende Transportkapazitäten insbesondere in der Containerschifffahrt;
- anhaltende Lieferkettenprobleme und deren weitere Verschärfung durch Ereignisse wie die Blockade des Suezkanals durch das Frachtschiff Ever Given im März oder die Betriebseinschränkungen in den chinesischen Containerhäfen Yantian im Juni und Ningbo-Zhoushan im August aufgrund von Lockdown-Maßnahmen infolge einzelner neuer Coronafälle (...);

- der Anstieg des Ölpreises;
- die Verknappung und damit Verteuerung von Rohstoffen und industriellen Vorprodukten;
- der Mangel an fertigen Produkten, der infolge der vielfältigen Produktionsschwierigkeiten bei vielen Herstellern von Industriegütern herrscht (...);
- der weltweite Anstieg der Lebensmittelpreise (...) aufgrund von: schlechten Ernten infolge ungünstiger Wetterbedingungen; sinkender Produktivität und höheren Produktionskosten wegen Krankheitsausfällen und verschärfter Hygienevorschriften für die Landarbeiter; steigenden Futtermittelpreisen wegen einer stark erhöhten chinesischen Nachfrage nach Mais, Weizen und Sojabohnen; sinkenden Herdengrößen bei den Viehzüchtern wegen sinkender Margen; Ausfuhrbeschränkungen bei großen Lebensmittelexporteuren wie Russland.

Ein weiterer Preistreiber ist der bereits erwähnte Nachholbedarf privater Konsumenten. Dieser liegt laut Stefan Kooths, Konjunkturchef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, bei 230 Milliarden Euro und damit bei 12 Prozent des jährlichen Binnenkonsums (...).

Nach menschlichem Ermessen steht also ein weiterer Anstieg der

Inflation bevor. Er wird umso höher ausfallen, je mehr Einschränkungen der Produktion durch zukünftige Pandemiebekämpfungsmaßnahmen auferlegt werden. Ob sich die Inflation aber tatsächlich auch zu einer Hyperinflation auswächst, darüber sind sich die Experten uneins.

Für den Wirtschaftsjournalisten Roland Tichy ist die Gefahr einer Hyperinflation real. (…)

In dieselbe Richtung argumentiert der Ökonom und Degussa-CEO Markus Krall in einem Interview mit Marc Friedrich vom 26. November 2020. Seiner Ansicht nach wird man den Weg des staatlichen Schuldenmachens nicht unbegrenzt weitergehen können, denn die Geldmenge lasse sich nicht beliebig ausweiten. Vielmehr finde sie ihre natürliche Grenze in der Höhe des Bruttosozialprodukts (BSP) ihres Währungsraums, in der Eurozone also bei 11,3 Billionen Euro (Stand: 2020).

Das derzeitige Tempo des Geldmengenwachstums vorausgesetzt, werde diese Grenze im Laufe des Jahres 2021 erreicht werden. Das schätzt nicht nur Krall so ein, sondern nach ihm auch die EU-Kommission in ihrer Frühjahrsprognose 2021. Gemäß dieser steuert die Eurozone im Jahr 2021 auf eine Verschuldungsquote von 102 Prozent zu. Ende April lag die Verschuldung bereits bei 10 Billionen Euro (…).

Nach Ansicht von Krall wird nach dem Überschreiten der BSP-Schwelle das Vertrauen in den Wert des Geldes allmählich schwinden und eine sich immer schneller drehende Geldentwertungsspirale in Gang gesetzt werden. Entweder schlagartig oder gestreckt über mehrere Wochen bis Monate werde sich eine Hyperinflation entwickeln. Angesichts der schon erreichten Geldmengenausweitung und vor dem Hintergrund der kostenintensiven Coronapolitik hält Krall das Eintreten des Hyperinflationsfalls für sicher. Ein Abflachen der

Geldschaffungskurve sei gar nicht mehr rechtzeitig möglich, um dauerhaft unter dem BSP der Eurozone zu bleiben.

Die Krall'sche Argumentation wird jedoch keineswegs von allen Ökonomen geteilt. Im Gegenteil, er gilt als „Crash-Prophet", der eine Außenseiterposition vertritt. Viele halten eine Geldvermehrung weit über das BSP hinaus sehr wohl für möglich, wodurch eine Hyperinflation vermieden und das bestehende System noch länger am Leben erhalten werden könnte. Die Anhänger der unter Ökonomen und linkslastigen Politikern derzeit populären „Modern Monetary Theory" (MMT) etwa behaupten, der Wert des Geldes hänge nicht vom Vertrauen der Bürger ab, sondern vom Staat, der den Geldwert garantiere. Solange dies geschehe, könne beliebig viel Geld geschaffen und vergeben werden.

Aber auch für den Fall, dass sich diese Theorie als nicht zutreffend erweisen oder irgendwann an ihre Grenzen gelangen sollte, muss die Staatsverschuldung nicht notwendigerweise zur Hyperinflation führen. Weltweit bereiten Zentralbanken bereits Maßnahmen vor, um eine ansteigende Inflation beherrschbar zu machen. Hierzu zählt insbesondere die Schaffung digitaler Währungen, durch die der Zugriff der Bürger auf ihr Geld begrenzt werden könnte, indem beispielsweise pro Tag nur ein mittlerer zweistelliger Betrag zum Ausgeben freigegeben wird.

Hieran wird unter anderem in China, den USA und der EU mit Nachdruck gearbeitet. Würde gleichzeitig das Bargeld verboten, könnte die Flucht aus dem Geld, hinein in Anlagewerte wie Immobilien oder Edelmetalle, gebremst und der Wertverfall des Geldes aufgehalten werden. Am Vertrauensverlust gegenüber der Währung könnte die Maßnahme zwar wenig ändern, man gewönne aber Zeit und könnte die Hyperinflation unter Umständen vermeiden.

> ***In jedem Fall wäre damit ein neues Geldsystem***

> ***geschaffen, welches ungleich mehr Kontrollmöglichkeiten für alle Arten von Finanztransaktionen böte als das jetzige Bargeldsystem.***

Gemeinhin dem Lager der „Verschwörungstheoretiker“ zugeordnete Kritiker wie Ernst Wolff oder Martin Armstrong vermuten daher, interessierte Kreise arbeiteten gezielt an der Herbeiführung einer Situation, in der eine Hyperinflation entsteht oder zumindest als ernsthafte Bedrohung glaubhaft gemacht werden kann, um das Bargeldsystem abzuwickeln und dem neuen System des digitalen Geldes zum Durchbruch zu verhelfen. Bitcoin sei hierfür lediglich der Versuchsballon, mittels dessen die Reaktion der Märkte getestet werden solle.

Von den Bürgern wolle man die Akzeptanz einer digitalen Währung über die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens erkaufen. Dessen Vorläufer sehen wir schon heute: in Form von Pilotprojekten in Ländern wie Finnland oder Deutschland, vor allem aber in Form der Stimulus-Schecks der amerikanischen Regierung, die als Corona-Hilfen flächendeckend unters Volk gebracht werden. Zur Absicherung des Erfolgs und zur Niederhaltung ablehnender Meinungen würden dieselben Mittel einer engmaschigen Kontrolle und gezielten Schikane fortgeführt, die man im Zuge der Coronakrise als Pandemiebekämpfungs- und Gesundheitsschutzmaßnahmen etabliert habe.

Auch der Österreichischen Schule anhängende liberale Ökonomen wie der Degussa-Chefvolkswirt Thorsten Polleit weisen auf den Zusammenhang zwischen dem staatliche Überschuldung fördernden Fiat-Geldsystem und der Akkumulation staatlicher Macht in den Händen weniger hin, wenngleich dieses Ziel bei Polleit auch ohne Hyperinflation erreichbar scheint („Das staatliche Geldmonopol und der ‚Große Reset‘“, misesde.org, 15. März 2021).
(…)

Aber zurück zur Hyperinflation. Polleits Thesen stimmen darin mit der MMT überein, dass sie davon ausgehen, dass eine Hyperinflation durch staatliche beziehungsweise geldpolitische Initiative (der Zentralbanken) verhindert werden kann, jedenfalls für eine gewisse Zeit. Zugleich implizieren beide aber auch, dass die Hyperinflation bei Bedarf durch Lockerung der Kontrollmechanismen jederzeit entfesselt werden kann, weil die Voraussetzungen immer schon erfüllt sind. Vermutlich würde hierzu schon der Einsatz der Gegenmaßnahme aus dem Lehrbuch genügen: eine Erhöhung der Zinsen.

Weil in der Eurozone gerade die Südländer auf billiges Geld angewiesen sind, würden sie ebenso wie die meisten Gläubiger schnell bankrottgehen. Denn steigende Zinsen erhöhen die Refinanzierungskosten und sorgen dadurch bei hochverschuldeten Ländern schnell dafür, dass über neue Staatsanleihen nicht mehr ausreichend Geld eingebracht werden kann, um Schuldenzinsen und laufende Staatsausgaben zu bedienen.

Risikobewertung

Für unsere Analyse bleibt festzuhalten, dass sich die Ökonomen uneins sind, ob es aufgrund der starken Geldmengenausweitung zur Hyperinflation kommt. Da es für beide Positionen gute Argumente gibt, bewerten wir die Eintrittswahrscheinlichkeit mit dem Skalenwert 3 („mittel“, 31 bis 50 Prozent, gewichtet: 5).

Die Auswirkungen einer Hyperinflation wären enorm. Eine Flucht aus dem Geld würde einsetzen, das heißt, die Leute würden versuchen, ihr Geld in andere Wertaufbewahrungsformen umzutauschen: Edelmetalle, Kunstgegenstände, Immobilien, bestimmte Aktien, Alkohol und so weiter; irgendwann wären sogar Lebensmittel wertbeständiger als Geld. Monetäre

Absicherungssysteme wie die staatliche Rentenversicherung kämen an ihr Ende, Sparguthaben verlören ihren Wert. Die EZB müsste nicht nur ihre bisherigen Anleihekäufe beenden, sondern auch Anleihen aus ihren Beständen verkaufen.

Zudem müsste sie die Einlagenzinsen stark anheben, um eine Geldkrise zu verhindern. Die Schuldner — Staaten, Unternehmen, Privatpersonen — stünden mit einem Mal hohen Finanzierungskosten gegenüber. Es käme zu Insolvenzen, Zwangsversteigerungen und einer massiven Bankenkrise. Eine gewaltige Wohlstandsvernichtung wäre die Folge und eine Krise wie zur Zeit der Großen Depression bräche an.

Die Auswirkungen des Hyperinflationsrisikos werden daher mit dem Skalenwert 5 („sehr hoch“, gewichtet: 8) bewertet.

Insgesamt ergibt sich damit eine Kritikalität des Risikos von 40 („großes Risiko“).

Antwortstrategie

Unbegrenzte Mittel vorausgesetzt, wäre für den Umgang mit diesem Risiko die Strategie des Abmilderns die beste Option. Wie bei den ersten beiden Risiken könnte das Projektteam versuchen, einen Politikwechsel herbeizuführen, durch den zumindest die unmittelbaren Ursachen für das Gelddrucken abgestellt werden: die Lockdowns und die zugehörigen Kompensationszahlungen für die Betroffenen. Auf diese Weise könnte es hoffen, dass eine Inflationskrise nicht früher eintritt, als die Rückkehr Deutschlands zur Normalität erreicht wurde. Doch ist ein solches Vorhaben wenig aussichtsreich, die weiter oben angeführten Gründe müssen hier nicht wiederholt werden.

> ***Zudem wird sich das Geldsystem weder durch Wahlen noch durch Demonstrationen ändern lassen, selbst wenn es dem Projektteam gelänge, eine große Menge Gleichgesinnter um sich zu scharen.***

Hier wirken stärkere Kräfte. Letzten Endes wird dem Projektteam somit nichts anderes übrigbleiben, als das Inflations- beziehungsweise Hyperinflationsrisiko zu akzeptieren.

Für den Einzelnen besteht hingegen die realistische Möglichkeit, das Risiko abzumildern, indem er sein Vermögen rechtzeitig so verlagert, dass ein möglichst geringer Anteil in Geld investiert ist. Viel mehr dürfte allerdings auch für Einzelpersonen nicht möglich sein.

(https://www.buchkomplizen.de/index.php?cl=details&libriid=A42380521&listtype=search&searchparam=Deutschland%202021-2025%3A%20Eine%20Risikoanalyse)

> ***Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch „ Deutschland 2021: Eine Risikoanalyse*** *(https://www.buchkomplizen.de/index.php?cl=details&libriid=A42380521&listtype=search&searchparam=Deutschland%202021-2025%3A%20Eine%20Risikoanalyse)“* ***von Meinrad Böhl.***
>
> ---
>
> ***Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text ist ein Auszug aus dem Buch „Deutschland 2021: Eine Risikoanalyse***

> *(https://www.buchkomplizen.de/index.php?cl=details&libriid=A42380521&listtype=search&searchparam=Deutschland%202021-2025%3A%20Eine%20Risikoanalyse)“* ***von Meinrad Böhl.***

Dieser Artikel erschien bereits auf www.rubikon.news.

Meinrad Böhl, Jahrgang 1975, ist promovierter Historiker sowie eidgenössisch diplomierter Hotelier. Seit 2006 ist er für verschiedene Unternehmen als Berater und Projektmanager tätig. 2007 erschien seine Dissertation „Das Christentum und der Geist des Kapitalismus“. 2013 veröffentlichte er als Mitherausgeber das Buch „Hermeneutik: Die Geschichte der abendländischen Textauslegung von der Antike bis zur Gegenwart“, zu dem er mehrere Kapitel beisteuerte. 2021 folgten „Deutschland 2021: Eine Risikoanalyse“ und „Deutschland 2021 — 2025: Eine Risikoanalyse“.

Dieses Werk ist unter einer **Creative Commons-Lizenz** (**Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International** (https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de)) lizenziert. Unter Einhaltung der Lizenzbedingungen dürfen Sie es verbreiten und vervielfältigen.